

Neussbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 13mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 S., vierteljährl. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 S., vierteljährl. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
vierteljährl. 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Ins Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährl.

Anzeigenpreise:
Die Kolonialschiffe in Neussbad 20 S.,
Deutschland 10 S., Ausland 40 S.
Die Kolonialschiffe 1.30 M.
Anzeigen-Annahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Fernsprecher:
Anzeige und Abonnement: Nr. 139,
Redaktion: Nr. 138; Verlag: Nr. 619.

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Maurinstraße 12.

66 Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 5. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Der Reichsbankdiskont ist von 4 1/2% auf 4% ermäßigt worden.

Bernardino Machado ist mit der Neubildung des portugiesischen Kabinetts beauftragt worden.

In den meisten Provinzen Chinas herrscht völlige Anarchie. Räuberbanden durchziehen das Land und plündern die Städte.

Der Präsident von Peru, Guillermo Billinghurst, wurde im Regierungspalast von Lima von revolutionierenden Truppen nach kurzem Kampf gefangen genommen. Der Premier- und Kriegsminister General Varela wurde im Verlauf des kurzen Kampfes getötet.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern den Etat für die Kaiserliche Marine in Beratung. Der Referent Hr. Dr. Pfleger regte an, beim Titel Staatssekretär in eine Generaldebatte einzutreten und zunächst das Verhältnis zu England, sodann die Frage der Luftflotte zu beraten. Dem wurde zugestimmt.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, daß die politischen Ausführungen seitens des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes werden gemacht werden. Was die marinetechnische Seite betreffe, so habe er seinen Ausführungen vom vorigen Jahre nichts hinzuzufügen und nichts abzuändern. Er betone, daß die von England angebotene Relation von 10:10 auch heute noch annehmbar sei, daß dagegen der nur gelegentlich einer Wahlrede erwähnte Feterjährgedanke nicht verwirklicht werden könne. Nach weiteren Ausführungen hierzu betonte Staatssekretär v. Tirpitz, daß positive Vorschläge an uns bis jetzt nicht herangereicht seien. Geschehe dies, so würden sie sicherlich wohlwollend geprüft werden. Des weiteren gab der Staatssekretär Auskunft über das Anwachsen der Marineetat der verschiedenen Mächte in den letzten Jahren, wobei ein sehr viel stärkeres Anwachsen bei den fremden Staaten festzustellen sei. Hiernach haben ihre Ausgaben in den letzten fünf Jahren zugenommen:

Deutschland um 55 Millionen Mark;
England, das damals schon eine doppelt so starke Flotte hatte wie wir, um 216 Millionen, das ist um das Vierfache; ungerichtet den noch zu erwartenden Nachtragsetat von rund 60 Millionen;

Frankreich um 134 Millionen, das ist das Zweieinhalbfache von Deutschland;

Russland um 302 Millionen, das ist das Fünfeinhalbfache, und zwar fast nur für die Dispositivflotte.

Hierauf erklärte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow, daß unser Verhältnis zu England als ein recht gutes bezeichnet werden könne. Die Entspannung und Annäherung schreiten fort. Die Beziehungen der beiden Kabinete seien durchaus vertrauensvolle. Der Grundton in der öffentlichen Meinung sei ein anderer geworden als vor Jahren. Man könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß in der allgemeinen Stimmung ein gewisser Wandel eingetreten sei. In beiden Ländern habe die Erkenntnis an Boden gewonnen, daß sie in vielen Punkten und Fragen mit- und nebeneinander arbeiten können, daß sich ihre Interessen vielfach berühren. Die Ereignisse in der letzten Zeit, die Vorgänge am Balkan und die Verhandlungen in London haben manches hierzu beigetragen. In England habe man sich überzeugen können, daß von deutscher Seite keine aggressive Politik getrieben werde. Mit England habe Deutschland daran arbeiten können, zwischen den beiden Mächtegruppen ausgleichend zu wirken und internationale Konflikte zu vermeiden. Daraus hätten sich gewisse Annäherungen ergeben. Die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten seien vertrauensvoll und loyal, von gegenseitigem Entgegenkommen getragen. Es würden ferner, wie bekannt, Verhandlungen über Einzelfragen geführt; diese Verhandlungen, die von dem Wunsche geleitet seien, auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und kolonialpolitischen Wettbewerbs Interessengegensätze zu vermeiden, nähmen ihren Fortgang. Es seien aber noch nicht zu Ende geführt. Es seien viele Wünsche und Gegenwünsche abzuwägen. Es spielten auch Interessen anderer Staaten hinein. Man dürfe erwarten, daß das Ergebnis, wenn es auch nicht gegen jede Kritik gefeit sein werde, in beiden Ländern mit Befriedigung werden aufgenommen werden. Hinsichtlich des Feterjähres betonte Staatssekretär v. Jagow, daß amtliche Vorschläge nicht an die deutsche Regierung gelangt seien. Es scheine ihm auch schwer zu sein, einen Weg zur Verwirklichung des Feterjähres zu finden, der übrigens seines Wunsches in der öffentlichen Meinung Englands selbst keinen besonders lebhaften Anklang gefunden habe.

Ein nationalliberaler Abgeordneter begrüßte, daß die Beziehungen zu England und der Ton der englischen Presse manlicher geworden seien, er möchte aber das Wort des Referenten von einem „gesunden Misstrauen“ kräftig unterstreichen. In der Frage der deutschen Militärmission in der Türkei habe England die französisch-russischen Einsprüche unterstützt. Er wünsche nicht, daß bei der Regelung einer Reihe von Fragen am Balkan und in Asien aus zu weitgehender Rücksichtnahme auf England die deutschen Interessen dort Schaden litten.

Grey über den Rüstungswettbewerb.

Der Draht meldet aus London: Der Staatssekretär des Heuburgs Sir Edward Grey hielt am Dienstagabend nach einem Diner der Handelskammer in Manchester eine Rede, in der er die Wichtigkeit der Erhaltung der offenen

Lär betonte. Das wichtigste Ziel der äußeren Politik sei, dem Lande den Frieden zu erhalten, nicht aus Mangel an Mut, als ob England vor der Idee eines Krieges so zurückschrecke, daß es ihn unter keinen Umständen ins Auge fassen könnte, sondern weil es sich der verhängenden Folgen eines Krieges voll bewußt sei. Grey kam dann auf die Rüstungsfrage zu sprechen und sagte, er beabsichtige nicht, eine wichtige Erklärung abzugeben. Die Ursache der großen Ausgaben für Rüstungen seien nicht allein eine britische, sondern eine europäische Frage. Es herrsche die Idee in Europa, daß man bei diesem Wettrennen den Preis erringen könne, doch sei das ganz irreführend. Wenn das vordere Pferd das Tempo verlangsame, würden die anderen nicht dasselbe tun. Durch den von den ersten Dreadnoughts habe England eine gewisse Verantwortung übernommen, aber die gegenwärtig weiter steigenden Ausgaben für Dreadnoughts seien nicht durch England veranlaßt. Wenn England in diesem Jahre gar nichts baute, so würde das keine Minderung im europäischen Schiffbau verursachen. Für England würde eine enorme Reduktion ein zu großes Kasardspiel sein, solange keine Gewähr bestehe, daß daraus eine entsprechende Wirkung auf das übrige Europa sich erzielen werde. England empfinde den finanziellen Druck nicht mehr als andere, sei aber als kaufmännische Nation von der Unproduktivität der Ausgaben durchdrungen und von Besorgnis wegen der Wirkungen auf den Kredit nicht nur Englands, sondern Europas erfüllt. Gegenwärtig könne man indes wenig tun, außer die Ausgaben Englands, soweit es die Sicherheit und die Verpflichtungen gegen andere Reichsteile erlaube, einzuschränken. Grey sprach seine Sympathie mit einer Beschränkung der Rüstungen aus, betonte aber, daß es keinen Zweck habe, an andere Nationen einen Appell zu richten, der ihnen nicht willkommen sei, und den sie nicht zu akzeptieren bereit seien. Man müsse berücksichtigen, daß sehr viele Länder ihre Rüstungsausgaben als eine innerpolitische Angelegenheit betrachten und das Verlangen eines fremden Landes, ihre Rüstungsausgaben sollten Gegenstand von Erörterungen oder Abmachungen sein, als Annahme annehmbar. Die Regierung habe das Empfinden, warten zu müssen, bis die großen europäischen Länder von dem gleichen Gefühl durchdrungen seien wie sie, daß ein Einhalten in den Rüstungsausgaben wünschenswert sei. Grey sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß die Finanzschwierigkeiten allmählich eine Atmosphäre in Europa erzeugen würden, die ein Ueberkommen der Nationen über die Rüstungsausgaben eher möglich machen würde als gegenwärtig.

Rehl-Offenburg.

Der erste Wahlgang hat am 7. badischen Reichstagswahlkreise, Rehl-Offenburg, noch keine Entscheidung gebracht. Das war zu erwarten, obwohl wir annehmen möchten, daß das Zentrum im stillen die Hoffnung hegte, daß Mandat sich gleich im ersten Anlauf zurückzuholen. Die Möglichkeit bestand, sofern man den Anfall der letzten Landtagswahlen in Rechnung stellte. Deren charakteristisches Merkmal war ein starker Rückgang der sozialdemokratischen und eine entsprechende Annahme der Zentrumstimmen, ein Vorgang, der seine Aufklärung darin fand, daß 1913 die im Jahre 1909 durch die Haltung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform verärgerten und deshalb zur Sozialdemokratie übergegangenen bisherigen Zentrumswähler wieder zu ihrer alten Partei zurückkehrten. Vergleicht man das Ergebnis des letzten ersten Wahlgangs mit dem der letzten Hauptwahl (Zentrum 12259 gegen 11613, Sozialdemokratie 3032 gegen 3705 Stimmen), dann beobachtet man hier genau den gleichen Vorgang; allerdings ist die Verschiebung doch nicht so stark gewesen, daß das Zentrum dadurch die absolute Mehrheit erlangte. Immerhin kam es näher an diese heran als 1912: damals fehlten ihm noch über 1000 Stimmen, jetzt dagegen nur noch knapp 400. Diesen Erfolg verdankt das Zentrum seiner gewaltigen Agitationsstätigkeit.

Ansichts dessen tritt der Erfolg der Nationalliberalen um so deutlicher in Erscheinung. Ihr Kandidat, der bisherige Abg. Stadtrat Kölsch-Karlstraße, hat seine Stimmenzahl von 1912 um über 650 Stimmen gesteigert. Das ist zweifellos die Frucht einer energiegelben und unermüdeten Wahlkämpfe, die die Nationalliberalen und vor allem Herr Kölsch selbst im Kreise entfaltet haben. Gegen die Hauptwahl 1912 sind rund 500 Stimmen mehr abgegeben worden; da die Zahl der Wahlberechtigten kaum nennenswert zugenommen haben dürfte (von 1907 bis 1912 stiegen die Wahlberechtigten von 25926 auf 26877, also in 5 Jahren nur um 950), so kann kein Zweifel bestehen, daß die Wahlbeteiligung noch härter war als 1912 (wo sie bereits 90,9 v. H. betrug), und daß diese Steigerung dem nationalliberalen Kandidaten zugute gekommen ist. Bedenkt man dazu noch, daß es sich um einen Wahlkreis handelt, dessen Bevölkerung nahezu 70 v. H. katholisch ist, dann darf man dem nationalliberalen Kandidaten zu diesem Ergebnis wohl beglückwünschen, um so mehr, als es die Gegenpartei an persönlicher Berührungspunkte des Kandidaten nicht hat fehlen lassen. Der endgültige Ausgang der Wahl steht natürlich dahin. Treten die rund 300 Sozialdemokraten geschlossen für Kölsch ein, dann dürfte der bisherige Vertreter nach dem Reichstag zurückkehren, denn nach den Ziffern der Hauptwahl stehen den 12259 Zentrumstimmen 12651 von Nichtzentrumswählern gegenüber. Voraussetzung bleibt freilich, daß auch der letzte Mann zur Urne gebracht wird. Denn zweifellos wird das Zentrum alle Kraft aufbieten, um womöglich noch Reserven herauszuholen, was ihm ja auch im Jahre 1912 ganz auffallend gelungen ist, wo es von 11615 Stimmen in der Hauptwahl auf 12704 in der Stichwahl stieg. Das ist ein deutlicher Hinweis für die Liberalen. Nur wenn auch sie noch Reserven heranziehen, kann der St. behauptet werden.

Das neue Luftverkehrsgesetz.

Unser juristischer Mitarbeiter schreibt uns:

Luftverkehr! Ein Wort, das Holz den Fortschritt

Stunde ausgehört, um den Etat so weit als möglich vor Dürren zu fördern. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß von einer Verabreichung des Etats vor Dürren nicht die Rede sein kann und daß man im äussersten Falle zufrieden sein müßte, wenn nur die zweite Lesung des Budgets vor Dürren zum Abschluß gebracht werde.

Der neue Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 99.

Der Draht meldet aus Berlin: Zum Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 99, früher in Bayern, ist an Stelle des nach Frankfurt a. O. versetzten Obersten v. Reuter der Kommandeur der Danziger Kriegsschule Guendell ernannt worden.

Deutschschrift zur Arbeitslosenversicherung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat ihre 1911 zum erstenmal erschienene Deutschschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde im erweiterten Umfang neu herausgegeben. Die neue Auflage enthält eine Vervollständigung der gewerkschaftlichen Statistik für die Jahre 1910 bis 1912, die Verhältnisse des Deutschen Gewerkschaftskongresses zu Dresden (1911) und die seit dem Jahre 1911 in Kraft getretenen Gesetze und künftigen Satzungen, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, so das englische Versicherungsgesetz von 1911 sowie die Satzungen von München, Stuttgart, Göttingen, Schwäbisch-Gmünd, Kaiserslautern und Mannheim und die umgekehrten Satzungen der Kölner künftigen Arbeitslosenversicherungskasse im vollen Wortlaut.

Die Deutschschrift geht den Regierungen, Parlamenten und den Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der größeren Städte zu. Sie enthält vorzügliches Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in den statistischen Unterlagen der deutschen Gewerkschaften; die Anlagen umfassen zwei Resolutionen, fünf Landesgesetze, sechzehn Gemeindefestsetzungen und einen Entwurf. Sie vertritt den Standpunkt des Genter Systems, das heißt die Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung zahlende Gewerkschaften und der Schaffung von Ersatzlöhnen für Nichtorganisierte und Nichtversicherte. Die Deutschschrift, die 144 Seiten Kanzeleiformat umfaßt, ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin S.O. 16, Engelauer 15, zum Preise von 3 M. zu beziehen.

Die Lage in Portugal.

Aus Lissabon wird gemeldet: Der Präsident der Republik hat Bernardino Machado mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Machado hat den Auftrag angenommen. — Nach weiteren Meldungen hat sich die Lage durch die Ankunft Bernardino Machados vorläufig noch nicht gebessert. Im Union-Theater in Lissabon ist es gestern zu einem aufsehenerregenden Skandal gekommen. Während der Vorstellung fand plötzlich ein Mann auf und griff unter der Erklärung, ein entlassener Eisenbahnarbeiter zu sein, aufs bestmögliche die Eisenbahngesellschaft und den Ministerpräsidenten Costa an. Es kam zwischen seinen Schreien und den Anhängern des Ministerpräsidenten zu einer blutigen Schlägerei, bei der auf beiden Seiten eine große Anzahl Personen verletzt wurde. Die Vorstellung mußte sofort abgebrochen werden.

Es bekämpfte sich, daß im Norden des Landes monarchistische Unruhen ausgebrochen sind. In Pedrogal kam es zwischen Royalisten und Gendarmen zu einem Feuergefecht, wobei 15 Gendarmen Verletzungen erlitten. Die Monarchisten griffen dann verschiedene Gebäude der republikanischen Behörden an und konnten erst nach Ankunft von bedeutenden Verstärkungen aus Pedrogal vertrieben werden.

Russische Rüstungen gegen den Dreibund.

Ueber feindselige Absichten Russlands gegen den Dreibund meldet der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ seinem Blatte: In Bekräftigung der Petersburger Mitteilungen über Russland und die Türkei erfahre ich von guter Seite, daß alle Anzeichen auf weitestgehende russische Aktionspläne hindeuten. Man meint dabei vor allem die intensive Tätigkeit der russischen Propaganda in Ungarn, die dort unter den Ruthenen geradezu unangenehme Zustände schafft. Der jüngste Parteitag der Russophilen war schon von 1000 Delegierten besucht, die man ruhig als russische Agenten und Spione bezeichnen kann. Die Polizeibehörden fühlen sich geradezu machtlos diesem Treiben gegenüber. Parallel mit dem Versuch, die Monarchie im Nordosten zu lähmen, läuft das offensichtliche Bemühen, in Petersburg den Balkanbund wenigstens teilweise wiederherzustellen und in das Abkommen zwischen Rumänien und Griechenland auch Serbien einzubeziehen. Bisher weigerte sich Rumänien, auf die aggressiven serbischen Absichten einzugehen, und es ist zu erwarten, daß König Karol auch weiterhin den panlawischen Verbündungen Widerstand leisten wird. An der deutsch-russischen

Grenze, so wird mir weiter mitgeteilt, finden Truppenanhäufungen statt. Der Zweck sei, einer russischen Aktion in Armenien vorzuarbeiten, die im Jahre 1912 an dem Einbruch Deutschlands gescheitert ist. In den Kreisen, aus denen diese Mitteilungen stammen, zweifelt man auch weiterhin daran, daß Russland es wirklich auf einen Konflikt ankommen lassen wolle, aber mindestens einschüchtern wolle es den Dreibund, und der russischen Politik in Asien damit freie Hand schaffen.

Benisselos' Rundreise.

Der griechische Ministerpräsident Benisselos hat gestern Abend Petersburg verlassen. Er kürzte seinen Aufenthalt um zwei Tage ab, da seine Anwesenheit in Athen gewünscht wird. Vorher wird er sich nach Bukarest begeben, wo zwischen Griechenland und Rumänien wichtige Dokumente zu unterzeichnen sind.

Deutschland als Vorbild.

Aus Konstantinopel meldet der Draht: Die Einrichtung des türkischen Kriegsmilitärismus ist nach deutschem Vorbilde erfolgt. Es wurde eine Abteilung für Krieg mit Oberleutnant Mahmud Kemal als Chef, ferner Abteilungen für Personalien, Intendantur und Sanitätswesen geschaffen. Der Generalkommandant v. Strempel wurde zum türkischen Oberst befördert.

Die Revolution in Peru.

Nach einer Depesche aus Lima ist der Präsident von Peru von den Aufständischen gefangen genommen worden, die unter dem Obersten Benavides den Palast des Präsidenten angegriffen hatten. — Der Ministerpräsident Parela wurde bei einem heftigen Kampfe, der auf die Eroberung des Palastes des Präsidenten folgte, getötet. Dr. Augusto Durand, der frühere Führer der Revolutionäre, ist Herr des Palastes. Es heißt, daß er eine neue Regierung bilden wird.

Heer und Flotte.

Veränderungen in der Armee. Dem Berliner „Voll-Anzeiger“ zufolge ist Generalleutnant Hr. v. Ritzhosen, bisher Kommandeur der Gardesavallerie-Division, in gleicher Eigenschaft zur 6. Division in Brandenburg a. O. versetzt worden. Mit der Führung der Gardesavallerie-Division wurde Generalleutnant v. Belet-Rorbonne beauftragt, bisher Kommandeur der 30. Kavallerie-Brigade in Straßburg i. E. Er war der Vorgesetzte im Kriegsgesicht gegen den Obersten v. Reuter.

Hof und Gesellschaft.

Kaiserbesuch in Schönbrunn.

Wie in Wiener Hofkreisen verlautet, soll Kaiser Wilhelm anlässlich seiner Reise nach Korfu, die für den kommenden März in Aussicht genommen ist, auch dem Kaiser in Schönbrunn einen eintägigen Besuch abtun.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 5. Februar.

Raufmannsgerichtswahl. Bei der heute morgen stattgefundenen Wahl der selbständigen Kaufleute erhielt die Liste 1 (bürgerl. Liste) 191 Stimmen, die Liste 2 (soz. Liste) 19 Stimmen. Die Beteiligung an der Wahl war sehr gering; von 700 Wahlberechtigten gaben nur 210 ihre Stimmen ab.

Wiesbaden am Rhein. Herr Oberbürgermeister Wäffling teilt uns mit, daß die tatsächlichen Voraussetzungen in der gestern unter vorliegender Spitzmaße gebrauchten Notiz unrichtig sind und daß auch die Annahme falsch sei, er werde in der Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung machen. Die Notiz, die auch von den übrigen hiesigen Zeitungen veröffentlicht wurde, entstammte einer Lokalcorrespondenz.

Änderung der Amtsbezeichnung. Der am hiesigen Archiv tätige wissenschaftliche Hilfsarbeiter Vorhat Lütjner hat die Amtsbezeichnung Stellvertreter des Archivars bekommen.

Zur Frage der Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung nahm gestern Abend im unteren Wartburgsaal eine auf Befehl, von der hiesigen Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten einberufene Versammlung Stellung. Der Bundesvorsitzende, Granzin-Stuttgart, hielt ein einleitendes Referat, worin er auf die Notwendigkeit einer Arbeitslosen-Versicherung hinwies. Es reichte sich eine Besprechung an das Referat. Die Anwesenden wurden ermahnt, mit ganzer Energie für die Einrichtung

einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System tätig zu sein. Der Bund zählt, was nebenbei bemerkt sein mag, heute ca. 25 000 Mitglieder.

Aufgang der Bautätigkeit. Wie sehr die Bautätigkeit noch in Wiesbaden darniederliegt, beweist der im Jahre 1913 im Stadtkreis Wiesbaden erfolgte Abzug der Wiesbadener Baugesellschaft. Es wurden im Ganzen 6 159 644 Stück Ziegel abgelegt, in welcher Summe 1 1/2 Millionen Ziegel für den Neubau des Museums inbegriffen sind. Ohne letzteren Abzug wäre der Verbrauch gegen den im Vorjahre zurückgegangen. In normalen Jahren sollte die Verlehnung im Stadtkreis rund 17 Millionen Ziegel ab.

Wiesbadener Filmfabrik. Von Interessenten wird beabsichtigt, eine Filmfabrik in Wiesbaden zu errichten und zwar auf dem neuen Industriegebiet nach Dohheim hin. Die Fabrik soll vor allem die Kinos im Westen Deutschlands versorgen.

Mit der Errichtung der großen Bäckerei des Konsumvereins an der Dohheimer Gemarkungsgrenze wird dieses Frühjahr begonnen.

Am Mord von Cronberg. Die unter Verdacht des Mordes an ihrer hochbetagten Tante, der Witwe Zimmermann in Cronberg i. L. längere Zeit im Wiesbadener Landgerichtsaal in Haft gewesene Modistin Helene Jander aus Cronberg hat eine Beschwerde gegen das gegen sie geführte Verfahren und ihre Inhaftierung beim preussischen Justizministerium eingereicht, über die jetzt Erhebungen im Gange sind. Wie wir weiter hören, soll der Fall Jander auch im preussischen Landtag zur Sprache gebracht werden.

Auf der Straße tot zusammengebrochen ist gestern Abend kurz nach 10 Uhr in der Moritzstraße der 50jährige Kaufmann Karl Leber, Bahnhofstraße 8 wohnhaft. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein

Freier Meinungsaustrausch.

In dieser Spalte finden solche Aufsätze aus unserem Leserkreis, die ein öffentliches Interesse in Anspruch nehmen dürfen. Unter-
kunft, Auseinandersetzungen persönlichen oder verletzenden Inhalts
sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Protest des katholischen Lehrervereins Wiesbaden.

(Eingefandt.)

Herr Justizrat v. Ed., Stadtverordneter und Mitglied der städtischen Schuldeputation, erklärte nach unwider-
sprochenen Zeitungsberichten in der Stadtverordneten-
sitzung vom 23. Januar 1914:

„Daß in die Schuldeputation kein katholischer Lehrer gewählt wird? Wir wären ja Gsel, wenn wir einen katholischen Lehrer in die Schuldeputation nehmen würden, ein Mitglied des Kathol. Lehrervereins, der auf seiner Fahne stehen hat: Bekämpfung der Simultanschule!“

Gegen diese unerhörte und intolerante Äußerung legen wir hierdurch laut und öffentlich Protest ein.

1. Der Rechtsanwalt Herr Justizrat v. Ed. hat sich durch obige Ausführungen in einer öffentlichen Stadtverordneten-
versammlung ein so kraßes Zeugnis der Intoleranz und
Voreingenommenheit gegenüber den Mitgliedern des K. L. V. und ihrer Bestrebungen ausgesetzt, wie es im Wies-
badener Stadtparlament niemals zum Ausdruck gekommen ist. Die katholische Lehrerschaft Wiesbadens, sowie die überwiegende Mehrheit der Kathol. Eltern unserer Stadt können nach dieser Äußerung auf eine gerechte Beurteilung durch Herrn v. Ed. in Schulangelegenheiten, insbesondere in Personalfragen und bei der Wahl von Lehrern kaum noch rechnen. Die Mitglieder des Kathol. Lehrervereins legen daher gegen Herrn v. Ed. als Schuldeputationsmit-
glied sowie gegen einen solchen ebenso ungeschickten wie ungerechten Standpunkt entschieden Protest ein. Bei ge-
richtlichen Verhandlungen würde ein Mann, der sich in dieser Weise vorgekommen zeigt, als befangen abgelehnt; bei Wahlen zur städtischen Schuldeputation dürfte man wohl daselbe erwarten.

2. Außer gegen die Person des Rechtsanwalts Herrn Justizrat v. Ed. als Mitglied der Schuldeputation, die wir als befangen bezeichnen müssen, legen wir auch gegen den Inhalt seiner Worte entschiedenen Widerspruch ein. Zunächst weisen wir es als eine Unwahrheit zurück, daß der K. L. V. Wiesbaden „Kampf gegen die Simultanschule auf seiner Fahne stehen hat.“ Unsere Satzungen, die jeder-
mann zur Einsicht zur Verfügung stehen, bieten zu diesem Vorwurfe keine Unterlage, auch ist in unseren Versamm-
lungen die Bekämpfung der in Nassau bestehenden Simul-
tanschule niemals als Zweck unseres Vereins bezeichnet worden. Der K. L. V. hat die Anerkennung der Königl. Regierungen bis hinauf zum Ministerium gefunden; zu seinen Hauptversammlungen haben Regierungen und Kultusministerien Vertreter entsandt, und Se. Majestät der Kaiser pflegt die Ergebnissadressen des K. L. V. stets
huldvoll zu erwidern.

In schroffem Gegensatz zu diesem Verhalten der nassauischen Aufsichtsbehörden und unseres Landes-
herren spricht ein einflussreiches Mitglied der städtischen Schuldeputation den Mitgliedern des K. L. V. jede Be-
fähigkeit zur Mitarbeit in der Ortschulverwaltung ab! Wenn die Auffassung des Herrn Justizrats zu Recht befände, dürfte auch kein katholischer Geistlicher Mitglied der Schuldeputation sein.

Das Geseh kennt also die von dem Rechtsanwalt Herrn Justizrat v. Ed. proklamierte Zurücksetzung der Mit-
glieder des K. L. V. nicht, und wir dürfen annehmen, daß, wenn auch außer dem manichäischen Einreiten einiger Stadt-
verordneten gegen die Ausführungen des Herrn Justizrats bisher von zutreffender Seite keine Korrektur erfolgt ist, die Mehrheit der städtischen Körperschaften den Standpunkt des Herrn v. Ed. nicht teilt.

3. Widerlegt wird die Behauptung des Herrn Justizrats durch die Tatsachen, die den Konsequenzen seiner Aus-
führungen widersprechen. Die Mitglieder des K. L. V. sind sich bewußt, in treuer Pflichterfüllung in der Simultanschule den übrigen Lehrern in keiner Weise nachzustehen, und können sich jederzeit auf das Zeugnis ihrer vorgelegten Aufsichtsbehörde berufen. Vor allem bieten die Mitglieder des K. L. V. die Garantie, daß im Sinne der Eltern die

christliche Erziehung auch in der Simultanschule ohne Störung des konfessionellen Friedens gewahrt bleibt.

Äußerungen wie die des Herrn v. Ed. tragen große Beunruhigung in den Kreis der Kathol. Eltern und müssen ihnen die Simultanschule als bedenklich erscheinen lassen, wenn sie sehen, daß die mit ihnen und ihrer Kirche auf gleichem Boden stehenden Lehrer nach den Anschauungen des Herrn v. Ed. von Wiesbaden ferngehalten bzw. rechtlos gemacht werden sollen; die Eltern müssen es als ein schweres Unrecht empfinden, wenn den Kathol. Lehrern nicht einmal gestattet sein soll, der Körperschaft anzugehören, in der die Angelegenheiten der Schule beraten und verhandelt werden, der sie ihre Kinder anvertrauen müssen, damit die Lehrer in Vertretung der katholischen Familie auch deren Wünsche und Anschauungen im Interesse der Gesamtheit hier geltend machen können. Die Simultanschule bedingt auch eine Simultantität in der Zusammensetzung der Ortschul-
behörde. Wenn in letzterer die evangelische Lehrerschaft durch mehrere Mitglieder ihrer Konfession vertreten ist, so ist es billig und gerecht, daß auch die katholische Lehrerschaft darin eine angemessene Vertretung findet.

Äußerungen wie die des Herrn v. E. sind ferner nur zu sehr geeignet, Reibungen in die Lehrerschaft hineinzutragen, den konfessionellen Frieden und das einträchtige Zusammenwirken zu stören und die Gemüter ähnlich ge-
arteter Naturen mit Vorurteil und konfessionellem Haß zu erfüllen.

Die traurigen Folgen wünschen wir um jeden Preis vermieden zu sehen und glauben hierin uns eins zu wissen mit der erdrückenden Mehrheit der Katholiken Wies-
badens, wie auch mit allen gläubigen Protestanten und der evangelischen Bevölkerung überhaupt, die mit ihren katho-
lischen Mitbürgern in Frieden leben will.

Gleiches Recht für alle!

Das ist die einzige Grundlage, auf der der konfessionelle Friede in der Simultanschule gewahrt bleiben kann.

Katholischer Lehrerverein Wiesbaden: Der Vorstand.

Nassau und Nachbargebiete.

Selbstmord eines Landgerichtsdirektors.

8. Kassel, 4. Febr. Landgerichtsdirektor Schulte aus Düsseldorf wurde im Park zu Wilhelmshöhe erschossen aufgefunden. Der Verhörte hatte sich zuletzt in einer Kuranstalt aufgehalten.

9. Frauenstein, 5. Febr. Der Militärverein hielt am vergangenen Sonntag unter sehr harter Beteiligung der hiesigen Einwohnerschaft seine „Kaisergeburtstags-
feier“ ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Georg Hilsdorf, eröffnete die Feier und gedachte in seiner Ansprache des Verdienstes unseres Kaisers vom Regierungsantritt an bis zur heutigen Stunde. Der unterhaltende Teil der Feier bot den Anwesenden durch sinematographische Aufführun-
gen sehr kurzweilige Augenweide. Die Zwischenpausen wurden von dem Solisten Herrn Georg K. R. a. Wiesbaden durch herrlich zu Gehör gebende Gesangsvorträge ausge-
füllt. Anschließend folgte ein Ball, der Alt und Jung in gemüthlicher Stimmung bis zur frühen Morgenstunde be-
sammelte.

(2) Unterliederbach, 5. Febr. Vermittelt wird seit Montag der Tagelöhner Louis Müller. Derselbe hatte vor einiger Zeit an der Königsheiner Bahn einen Unfall erlitten und eine Gehirnerschütterung davongetragen. Die-
ferhalb projizierte er mit der Eisenbahn und sollte sich auf Anraten seines Anwalts am Montag bei Dr. Oppermann in Frankfurt unterziehen lassen. Er ist Montag früh 7 Uhr dorthin abgefahren, aber bei dem Arzt nicht erschienen, wurde auch seitdem nicht mehr gesehen. Da M. schon Äußerungen getan hatte, daß er sich ein Leid antun werde, wenn er für arbeitsunfähig erklärt würde, so glaubt man das Schlimmste befürchten zu müssen. Müller ist 50 Jahre alt, verheiratet und hat 7 Kinder.

10. Nied a. M., 4. Febr. Eine folgenschwere Gas-
Explosion ereignete sich hier heute Abend gegen 8 Uhr in der Höcker Straße, Ecke Römerstraße. Schon seit eini-
gen Tagen machte sich dort ein harter Gasgeruch bemerk-
bar, der besonders aus dem dort befindlichen Einsteigstisch der unterirdischen Telefonleitung hervorzudringen schien. Gestern Abend, als der Gasgeruch wieder außerordentlich stark war, leuchtete der 17-jährige Fabrikarbeiter Ernst Phriem mit seinem Feuerzeug an dem Schacht herum. Plötzlich ertönte eine weithin hörbare Detonation. Der äußere Schachtdeckel flog Phriem mit großer Gewalt an den Kopf und verletzte ihn schwer. Aus dem Schacht loderte eine meterhohe Stichflamme empor. Phriem wurde am Kopf sehr heftig verletzt. Er mußte nach Höch-
heim in Krankenhaus gebracht werden, wo er gegen 10 Uhr seinen Verletzungen erlag. Anschließend ist die Gasleitung infolge der großen Kälte der letzten Wochen defekt geworden. Das Gas ist so in den Schacht der unter-
irdischen Telefonleitung eingedrungen.

11. Bad Homburg v. d. H., 3. Febr. Die Stadtver-
ordnetenversammlung lebte die Kanalgebühren für 1914 nach Maßgabe der Gebäudesteuer auf 4 620 M. fest. Sie bewilligte als Nachschub für Desinfektionen 700 M., für Kanalunterhaltungen 800 M., für die Neuerstellung des Rathaussturmes 350 M., für die Stadtbücherei 400 M. und für die Beschaffung von Vagabunden beim Gaswerk 5000 M. Ueber die Erschließung des Gebietes westlich der Oberurseler Chaussee und die Schaffung eines Flug-
linienplanes machte Stadtbaurat Meyer an der Hand von Plänen eingehende Mitteilungen. Das Plenum be-
auftragte den Magistrat, in dem Gelände zugleich das Kon-
solidationsverfahren einzuleiten. Ferner wurde dem Ma-
gistrat anheimgegeben, derartige Pläne zu vervielfältigen und sie den Stadtverordneten zum vorherigen Studium zu stellen. Der Antrag des Magistrats auf Befreiung der Lehrpersonen an den höheren Schulen und Volksschulen von der Krankenversicherungspflicht fand nach längerer Debatte, in der von sozialdemokrati-
schen Rednern bemängelt wurde, daß durch die Maß-
nahme der Krankenkasse die besten Zähler entzogen wür-
den, Annahme. Bei der Beratung des Etats der Kur- und Badeverwaltung für 1914 teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Kurzeit von 1913 mit mehr als 16 000 Kur-
gästen die beste seit Menschengedenken gewesen sei. Die Zahl der abgegebenen loslosen Bäder stieg von 34 238 auf 37 521, die der Tonfilmapplikationen von 7004 auf 9056. Infolgedessen schlägt die Verwaltung mit 30 000 M. Ueber-
schuß ab. Eine Eingabe der Kurmüller um Gebalts-
erhöhung glaubt der Oberbürgermeister nicht befürworten zu können. In der sich über das Gehalt entzündenden De-
batte erkannten alle Redner die Notlage der Musiker an, wobei betont wurde, daß sich die ersten Kräfte durchweg mit einem Gehalt von weniger als 2000 M. begnügen müssen, der erste Violinistler erhält nur 1780 M. jährlich.

Kuprall an die Bahnstrecke schon den Schädelbruch davongetragen, der ihm die Besinnung raubte; sonst hätte er noch Zeit gefunden, dem Zuzug des Bahnwärters, doch weiter zu fahren, nachkommen können.

Ein Theater, das seine Zuschauer im Wagen abholt.

Ein Theater, das seine Zuschauer im Wagen abholt, gibt es neuerdings in Paris. Die am Montag eröffnete Comédie Parisienne holt kostenlos jeden Zuschauer in einem Automobil von seiner Wohnung ab und fährt ihn bis vor die Schwelle des Theaters. Das neue Theater liegt nämlich sehr weit draußen beim Gare de Lyon, und erfahrungsgemäß ist, um ein anderthalbfaches Haus zu erzielen, die Lage eines Theaters viel wichtiger, als sein Repertoire. Die meisten Pariser sollen von dieser Neuverteilung gar nicht besonders entsetzt sein. Sie sehen mit Trauer auf die neue Kunststätte, die es nötig hat, durch solche Mittel ihre Gäste anzulocken.

Eisenbahnunglück in Ungarn.

Aus Budapest wird gemeldet: Der am Mittwoch früh von Budapest abgehende Wiener Personenzug ist bei der Station Dorob Balint mit einem Zug der dortigen Kleinbahn zusammengefahren. Der Anprall war so heftig, daß beide Lokomotiven und mehrere Personenzüge vollständig zertrümmert wurden. Einer der Lokomotivführer und zwei andere Bahnbeamte sowie acht Passagiere wurden zum Teil schwer verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist darin zu suchen, daß der Lokomotivführer des Personenzuges infolge des dichten Nebels das Haltsignal bei der Einfahrt in den Bahnhof nicht bemerkt hatte.

Ein Schiff auf hoher See verbrannt.

Aus London wird gemeldet: Durch einen Brand auf hoher See ist, wie der „Daily Telegraph“ aus Wellington in Australien meldet, der Dampfer „Rea“, der sich auf dem Wege von Wellington nach Wanganui mit einer Ladung Benzin befand, am 4. Februar vernichtet worden. Das Feuer wurde durch Explosion des Benzins hervorgerufen. Dabei wurde ein Matrose hinfällig in Stille gerufen. Mit rasender Geschwindigkeit griff die Feuersbrunst um sich und in kurzer Zeit war das ganze Schiff ein Flammenmeer. Die Besatzung konnte von dem Hilfsdampfer „Arpocavia“ gerettet werden. Das Schiff ist gesunken.

Kurze Nachrichten.

Revolverattentat auf einen Kolmarer Dragoner. In Kolmar i. E. wurde auf einen Soldaten ein Revolverattentat verübt, das noch nicht aufgeklärt werden konnte. Der Draht meldet darüber: In Kolmar ist ein Rekrut des Dragoner-Regiments Nr. 14 von einem unbekannten Zivilisten in die Hand geschossen worden. Der Verletzte wurde von einem Offizier in ärztliche Behandlung gebracht.

Selbstmord eines Liebespaars. Auf der alten Liebe bei Exhaven fanden Fischer einen etwa 20jährigen jungen Mann und ein gleichaltriges junges Mädchen auf einer Bank sitzend tot auf. Nachforschungen ergaben, daß der junge Mann, ein Lehrling namens Scheel aus Hamburg, die Verkäuferin Zimmermann entführt hatte und mit ihr längere Zeit planlos umhergeirrt war. Die Beiden haben einen Brief an den Vater der Zimmermann hinterlassen, in dem sie mitteilen, daß sie aus Mangel an Geld aus dem Leben scheiden.

Die Genidstarke macht in den französischen Garnisonen besorgniserregende Fortschritte. Im 44. Artillerie-Regiment in Le Mans haben sich drei Todesfälle ereignet.

Letzte Drahtnachrichten.

Tod eines Dreibundfreundes.

In Rom ist der bekannte Publizist Cantalupo gestorben. In ihm verliert der Dreibund einen seiner fähigsten, wärmsten und bedeutendsten Anwälte in Italien. Als Leiter des „Corriere di Napoli“ war Cantalupo, der von einer deutschen Mutter stammte, stets bereit, offene und verdeckte Angriffe der Dreibundgegner abzuwehren.

Anarchie in China.

Aus Peking meldet der Draht: Im Innern Chinas ist alle Ordnung aufgehoben und in den meisten Provinzen herrscht völlige Anarchie. Aus Kirin wird gemeldet, daß die Räuberbanden des „Weißen Wolfes“ täglich immer mehr anwachsen; sie ziehen durch das ganze Land, plündern es und terrorisieren die Bevölkerung. In der Provinz Chonap wurde eine Anzahl Städte ausgeplündert und dann niedergebrannt. Den Räubern geht ein solcher Schrecken voraus, daß die Soldaten, die gegen die Banden entsandt werden, desertieren. Unter den Opfern der Räuber sollen sich auch Ausländer befinden. Man befürchtet daher, daß die Mächte jetzt einschreiten werden.

1000 Personen umgekommen.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Nach den Berichten des Gouverneurs sind bei den letzten Ueberflutungen über 1000 Personen umgekommen.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Erste Genossenschaftsversammlung der Detailhandels-Vernunftgenossenschaft.

Am 19. und 20. Januar fand in Berlin im Lehrervereinshaus die erste ordentliche Genossenschaftsversammlung der am 4. Nov. 1912 auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 10. Okt. 1912 neugegründeten Detailhandels-Vernunftgenossenschaft unter dem Vorsitz des Kaufmanns und Reichstagsabgeordneten Jakob Mor-Vernunft-Ges. statt. Das Reichsversicherungsamt war durch Senatspräsident Dr. Spiegelthal, Regierungsrat Schmidt, Regierungsrat Dr. v. Schack vertreten. An der Versammlung nahmen die 68 Detailhändlervertreter aus sämtlichen Bezirken des Reichs teil. Die in dem Wahlvorschlagn des Wahlvorstandes benannten 24 Vorstandsmitglieder wurden ohne Gegenwortschläge gewählt. Der Vorstand wählte als Vorsitzenden den Kaufmann und Reichstagsabgeordneten Jakob Mor-Vernunft-Ges., als 1. Stellvertreter den Kaufmann und Reichstagsabgeordneten Wilhelm Kalbfuß-Darmstadt und als 2. Stellvertreter den Kaufmann und Handelskammermitglied Hermann Behn-Düsseldorf.

Aus dem umfangreichen Jahresbericht in hervorzuheben, daß bei der neuen Vernunftgenossenschaft bereits 62 446 Betriebe mit 355 937 versicherten Personen eingetragen sind. Zur Entschädigung gelangen 1473 Unfälle mit einer Jahreslast von 305 855 M. Jahresentschädigung. Gemeldet wurden 5023 Unfälle, darunter 18 neue Todesfälle. Von den Verhandlungsgegenständen ist hervorzuheben, daß der Beschluß zur Festlegung des Stiles bis zur nächsten Genossenschaftsversammlung, die im September in Köln

berg stattfindet, vertagt worden ist. Der Geschäftsrat wurde in der vom Vorstand vorgelegten Form genehmigt. In zwei Jahren soll auf Grund des eigenen bis dahin angesammelten finanziellen Materials ein neuer Geschäftsrat aufgestellt werden. Eine Dienstordnung, in der die Anstellungsverhältnisse der Angestellten geregelt sind, und ein Normalbefoldungsplan wurden aufgestellt. Der Kostenanschlag für 1914 wurde mit 568 500 M. Unfallanwendungen und 432 500 M. Verwaltungskosten genehmigt.

Die erste Genossenschaftsversammlung der Detailhandels-Vernunftgenossenschaft war bezeichnend Zeugnis dafür, daß die Detailhändler die vornehmste Aufgabe der Unfallfürsorge für die Verletzten ihres sehr zahlreichen Standes mit Geschick und freudigem Eifer in Selbstverwaltung genommen haben. In anerkennenden Worten hob dies der Vertreter des Präsidenten des Reichsversicherungsamts hervor. Die Versammlung hatte das rechte sachkundige Interesse nicht allein für die Verhandlungsgegenstände, sondern auch für die Entwicklungsfragen. Wiederholt wurde die Freude über die eigene Vernunftgenossenschaft zum Ausdruck gebracht, dem Vorsitzenden Mor wurde am Schluß der Tagung der Dank für seine vorzügliche Leitung und tatkräftige Unterstützung dargebracht. (In der Detailhandels-Vernunftgenossenschaft sind alle Detailhandelsunternehmen versicherungspflichtig, welche 1 Arbeiter, Pader, Diener, Kaufleute usw. oder 2 Verkaufspersonen beschäftigen. Lehrlinge und Verwandte (mit Ausnahme der Ehegatten) werden mit gerechnet. Für die mit der Anmeldung noch rückständigen Unternehmer sei bei dieser Gelegenheit die ernstliche Warnung ausgesprochen, daß die weitere Verhinderung der Anmeldung mit Strafe bis zu 300 M. belegt wird, auch müssen die Beiträge nachgezahlt werden. Die Anmeldung ist bei dem Versicherungsamt, welches für den Sitz des Unternehmers zuständig ist, unverzüglich zu bewerkstelligen.)

Die Erweiterung der Ausgabe von auslosbaren preussischen Schatzanweisungen.

Bis schon mitgeteilt, sind auf die von Preußen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten 350 Millionen M. auslosbaren Schatzanweisungen — 50 Millionen M. waren schon vor der Subskription fest begeben — nicht weniger als 25 Milliarden gezeichnet worden, hiervon rund 19 Milliarden mit Sperrverpflichtung. Naturgemäß kann aus diesen Ziffern nicht auf die Menge der zur Anlage verfügbaren Kapitals geschlossen werden, vielmehr haben offenbar in weitestem Umfang Zeichnungen über den wirklichen Anlagebedarf hinaus stattgefunden, aber der ungewöhnlich hohe Betrag der Sperrzeichnungen läßt doch ein starkes Anlagebedürfnis erkennen und deutet darauf hin, daß die Zeichnungen nicht sowohl in der Absicht des spekulativen Weiterverkaufes als vielmehr zu dem Zweck erfolgt sind, bei dem allgemeinen lebhaften Wettbewerb um den verhältnismäßig geringen Anleihebetrag sich einen möglichst hohen Anteil als dauernde Kapitalanlage zu sichern.

Um gegenüber dieser kurzfristigen Nachfrage die Zuteilung einigermaßen zu erleichtern und die Wünsche des Publikums nach Mäßigkeit zu befriedigen, hat die Finanzverwaltung auf vielfache Anregung sich entschlossen, noch einen weiteren Betrag von 200 Millionen auslosbarer Schatzanweisungen der nämlichen Art in der Weise zu begeben, daß hiervon 50 Millionen der Königlich Preussischen Staatsbank (Preussische Staatsbank) zum Zwecke der Ausregulierung überwiesen, 150 Millionen aber von dem Konsortium ohne eigenen Gewinn für dieses nur gegen die an die Zeichnungsstellen weiterzugehende Gewähr übernommen und vom Konsortium ausschließlich den bei der bisherigen Emission unbefriedigt gebliebenen Zeichnern unter den gleichen Bedingungen mittels besonderer Rückfrage angeboten werden. Es sollen also den bei der ersten Emission ausfallenden Zeichnern, die sich bei der weiteren Emission beteiligen wollen, der nämliche Kurs von 97 Proz. derselben Einzahlungsstermine und die Rückzahlung zum Nennwerte binnen 16 Jahren zugesichert werden. Die 16 Serien der 2. Ausgabe erhalten die gleiche Verzinsung wie die der 1. Ausgabe und werden mit dieser durch eine und dieselbe Losziehung zur Rückzahlung bestimmt.

Bei der Zuteilung sollen kleine Sparer und solche, die eine dauernde Kapitalanlage erstreben, wie namentlich Sparkassen und andere öffentliche Körperschaften, von den Zeichnungsstellen zunächst vorgzugsweise berücksichtigt werden. Durch diese weitere Emission werden nicht nur dringende Anlagebedürfnisse zahlreicher kleiner und größerer Kapitalisten und öffentlicher Anstalten in höherem Maße befriedigt werden können, sondern es wird auch dem 4proz. Rententyp eine längere Schonfrist gesichert. Als eine besonders erfreuliche Erscheinung der Emission ist festzustellen, daß zum Untersiede von den letzten Anleihebegehungen des Reichs und Preußens sich keine nachteilige Wirkung auf die alten Anleihen gezeigt hat. Es sind nicht nur keine alten Anleihen auf den Markt gekommen, sondern es konnten die Bestände des Konsortiums und der Seehandlung (Preussische Staatsbank) in



Hurrah! se kimmt, se kimmt, hurrah!

Die große Wiesbadener

Kreppel-Zeitung

42. Jahrgang.

Gegen Einhebung von **25 Pfennig** in Briefmarken erfolgt Zustellung unter Kreuzband bei Erscheinen durch die Expedition in Wiesbaden, Nikolastraße 11.

Um **20 Pfennig** zu haben bei allen Buchhandlungen und der Haupt-Expedition Nikolastraße 11 u. Mauritiusstraße 12 in Wiesbaden. Auf dem Lande kann die „Kreppel-Zeitung“ bei sämtlichen Agenten der „Wiesbadener Neueste Nachrichten“ und der „Wiesbadener Zeitung“ ebenfalls bezogen werden. In Mainz bei D. Frenz, Schillerplatz, und allen Buchhandlungen.



Kohlen



Wir empfehlen hiermit unsere seit Jahrzehnten bestens bewährten Hausbrandmarken

Kohlen, Koks und Briketts

zu den billigsten Tagespreisen.

Insbesondere liefern wir gewaschene Ruhrusskohlen und Anthracitkohlen aller Sorten in fachmännisch durchgeführter Aufbereitung und maschinell bewirkter Absiebung auf vier elektrisch betriebenen Siebwerken.

Kohlen-Verkauf-Gesellschaft

mit beschränkter Haftung. — Fernsprecher 545 und 775.

Hauptkontor: Bahnhofstrasse 2.
Zweigstelle: Nerostrasse 19.

Annahmestellen: Luxemburgstrasse 8,
Bismarckring 31, Ellenbogeng. 17, Feldstr. 18.

Tolitor

Solidester Bindemittel
für Füllstoffe und Klebstoffe

Preis: Dtl. 1.85

Alle Sorten vorrätig.

Alle Sorten vorrätig.

Y. L. Gmütz

Langgasse 20

4064

Gebild. Berl. f. St. a. gleich od. spät. a. Führung d. Haushalts b. best. eins. Herrn. Beste Referenz. Gest. Angeb. unt. N. G. 4084 an Rudolf Mosse, Wiesbaden. 130

Kino

hochmodern, über 500 Sitzpl. in südd. Stadt mit ca. 65000 Einw.,
konzurrenzlos,
ist zu verkaufen. Richtiges Kapital 35-40 Mille. Civil. wird Zellb., der das Geschäft führen kann, mit 20-25 Mille Einl. anlegen, denn der derzeit. Besitzer kann sich wegen anderweit. Unternehm. dem Geschäft nicht widmen. Offerten sub M. D. 8031 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. 131

Damenschneider Chr. Wagner,

Taunusstraße 27,
empfiehlt sich zur Anfertigung von Jacketts, Mänteln und Sportkostümen mit hohen Preis bei mäßigen Preisen.

Wir suchen

per sofort reelle rührige Leute, welche täglich über 2-3 Std. freie Zeit verfügen, zur Uebernahme unserer in verschiedenen Teilen Deutschlands zu errichtenden Postvertriebsstellen. Besonderes Kapital nicht erforderlich. Ausführl. Bewerbungen unter O. K. 57 befördert Rudolf Mosse, Hamburg. 1124

Unsere

19. 191

Generalvertretung für Wiesbaden

und Umgebung ist per sofort unter günstigen Bedingungen

neu zu besetzen.

H. 63

Die Position ist sehr gut ausbaufähig und bietet einem energiegel. in den besseren Kreisen einleuchtend Herrn ein gutes Einkommen. Wir reflektieren nur auf einen Herrn, welcher sich über bereits erzielte gute Erfolge in Unfall- u. Haftpflicht-Versicherung ausweisen kann. Ausführliche Offerten erbeten an die Schwia. National-Berl.-Gel. Subdirektion Frankfurt a. M., Elbstr. 11.

Fausting-Lanolin-Seife

Der Haut zuträglichste, wohlfeile Toilette-seife, Stück 20 Pfennig, 5 Stück 95 Pfennig. Angefertigt vom langjährigen Fabrikanten der Pfälzringseife: C. Naumann, Offenbach a. M.

M. 2

Ämtliche Anzeigen

Am 18. Februar 1914, vormittags 10½ Uhr, wird an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, das Wohnhaus mit Hofraum, Sinterhaus mit Hofeinfahrt rechts und links, Bismarckstr. 46 hier, 6 M 8 Quadratmeter groß und 165 000 Mark wert, anstandsweise versteigert.

Wiesbaden, den 28. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

In unser Handelsregister A. Nr. 1206 wurde heute bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma „Erstes Wiesbadener Gas-gesellschaft S. G. m. b. H.“, Inh. Wilh. Schäfer und Adolf Diehl mit Sitz in Wiesbaden eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Wilhelm Schäfer in Wiesbaden ist alleiniger Inhaber der Firma. Diese heißt jetzt: „Erstes Wiesbadener Gasgesellschaft S. G. m. b. H.“, Inh. Wilh. Schäfer. Der Ehefrau Wilhelm Schäfer, Maria geb. Kramer zu Wiesbaden ist Profutura erteilt.

Wiesbaden, den 30. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht, Abteilung 8.

Bekanntmachung

betreffend Regelung des Fuhrverkehrs am Residenz-Theater.
1. Zum Abholen der Besucher des Residenz-Theaters ist auf der Westseite der Schwalb. Straße, nördlich der Dohheimer- und Quisenstraße ein Pferdebeschäftigungshaus bis zu zehn Droschken, für nicht vorher bestellte Droschken, eingerichtet.
Die Droschken sind hart an der Vorderkante hintereinander mit der Fahrtrichtung nach der Rheinstraße an aufzustellen.
Die vorderste Droschke darf mit den Pferdeköpfen nicht über die nördliche Gasseinmündung der Dohheimer- und Quisenstraße hinausragen.
2. Der Halteplatz für nicht vorher bestellte Kraftdroschken befindet sich auf der Westseite der Schwalb. Straße, südlich der Dohheimer- und Quisenstraße. Die Kraftdroschken sind hart an der Vorderkante hintereinander, mit der Fahrtrichtung nach der Dohheimer Straße an aufzustellen.
Die vorderste Droschke darf nicht über die südliche Gasseinmündung der Dohheimer Straße hinausragen.
3. Sämtliche bestellten, mit Pferden bespannte Personenfuhrwerke (Carriagen, Droschken), welche Theaterbesucher abholen, sind in der Quisenstraße, auf der Südseite der Rheinstraße, hart an der Vorderkante mit der Fahrtrichtung nach der Rheinstraße an derart hintereinander aufzustellen, daß die erste Droschke vor dem Eingange des Weltvortals des Residenz-Theaters steht. Nicht die Strecke bis zur Schwalb. Straße nicht aus, so reiten sich die übrigen Fuhrwerke auf der Südseite der Dohheimer Straße derart an, daß die Kreuzung der Schwalb. Straße frei bleibt.
4. Sämtliche bestellten Kraftfuhrwerke nehmen auf der Nordseite des Bahndammes der Dohheimer Straße, nicht über die westliche Gasseinmündung der Schwalb. Straße hinausragend, mit der Fahrtrichtung nach der Rheinstraße an, hart an der Vorderkante, hintereinander aufzustellen.
5. Die Halteplätze dürfen an allen Abenden, an welchen Vorstellungen im Residenz-Theater stattfinden, erst ¼ Stunde vor der in den Zeitungen angekündigten Abendmahl der Vorstellungen besetzt werden.
6. Das Vorfahren der nicht vorher bestellten Fuhrwerke vor den Haupteingang des Residenz-Theaters erfolgt auf das durch den Theaterwart angegebene Zeichen.
7. Das Vorfahren der vorher bestellten Fuhrwerke vor den Haupteingang des Residenz-Theaters hat in der Rheinstraße der Aufstellung zu erfolgen. Sind die Fuhrwerke zum Einsteigen noch nicht bereit, so rückt das betreffende Fuhrwerk bis in die Höhe der Rheinstraße vor. Weitere Fuhrwerke schließen sich an.
8. Die Abfahrt sämtlicher Fuhrwerke nach Aufnahme der Fahrgäste geschieht nur nach der Rheinstraße zu.
9. Die Bekanntmachung vom 26. August 1911 und 19. März 1912, betreffend Regelung des Fuhrverkehrs am Residenz-Theater, werden aufgehoben.
Zusammenfassungen gegen diese Anordnung werden auf Grund der geltenden Straßenverkehrsverordnung mit Geldstrafe bis zu 20 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.
Wiesbaden, den 24. Oktober 1912.
Der Polizei-Präsident: von Schenk.

Sinderloes Ehepaar

münch. Mädchen, eva., von an-
ter Berl. an adoptieren. Off. u.
Nr. 292 Gr. ds. St. 1829

-Sammlung, dar.
Selteneit, sof.
bill. zu verkauf.
R. Kube, Berlin,
Wilhelmstr. 31.

M. 114

Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover

— Errichtet im Jahre 1878. —

Abteilung I:

Militärdienst-
und

